



Österreich



Martin Graf im Abseits

Am 27. Oktober wurden drei Mitglieder der SLP, Margarita Döller, Lucia Döller und Irene Müller von ihrem Fussballverein dem FC Hellas Kagran suspendiert. Grund waren ihre Proteste gegen den Vereinspräsidenten Martin Graf. Graf ist führender FPÖ-Politiker und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Post: Stellenabbau trotz Gewinnen

Das Management plant den Abbau von 9.000 Stellen und die Schließung von 900 Postämtern. Unter den Beschäftigten regt sich Widerstand. Ob die Gewerkschaft den lauten Tönen auch Taten folgen lassen wird, ist noch offen. SEITE 3

Schwerpunkt



Sie haben den Markt - Wir haben den Plan!

VORWÄRTS setzt sich mit verschiedenen "Lösungen" zur Finanzkrise auseinander. Wir meinen, nur ein schlechter Arzt behandelt lediglich die Symptome und nicht die Ursachen. SEITEN 4/5

Internationales



US-Wahlen: Millionen im Freudentaumel

Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA verdeutlicht einen radikalen Bruch der AmerikanerInnen mit der neokonservativen Politik von George W. Bushs Republikanern. Aber Obama wird die Hoffnungen bald enttäuschen. Seite 7

KAPITALISMUS Nein Danke!

15 Milliarden für Banken – Sparpakete und Jobverlust für uns

von Laura Rafetseder, SLP-Wien

Die Krise ist in Österreich angekommen – 2009 soll die Wirtschaft schrumpfen und die Arbeitslosigkeit massiv ansteigen. Auf der Strecke bleiben werden ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, PensionistInnen und Jugendliche. In der Autoindustrie werden MitarbeiterInnen auf Kurzarbeit umgestellt. Als Erste wird der Jobabbau ZeitarbeiterInnen und prekär Beschäftigte treffen. Beim Autozulieferer Magna Steyr in Graz wackeln in Summe 700 Jobs. Auch Siemens, Koenig & Bauer sowie Swarovski streichen Stellen. Eines sieht man an der aktuellen Situation ganz deutlich: Der Kapitalismus funktioniert nicht – und die ArbeitnehmerInnen sollen die Krise ausbaden!

Am Beispiel AUA und Post: Sie machen weiter mit dem Privatisierungswahn

Am Beispiel Post, Telekom und AUA zeigt sich der Unsinn von Privatisierung und Liberalisierung. Nachdem der Vorstand der Post AG indirekt Pläne zum Abbau von 9.000 Mitarbeitern angekündigt hatte, sowie die Schließung von 900 der 1300 übrigen Postfilialen, sollen nun auch 2.500 Jobs bei der Telekom abgebaut werden. Bei privaten Betrieben geht es nun mal um Profite – und nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung oder der Beschäftigten.

Was tut die neue Regierung?

Auch wenn die Regierung eine Steuerreform und ein Konjunkturpaket beschließt – eine Krise wird dadurch nicht mehr verhindert werden. Entscheidend ist ebenso: Wer wird durch die Steuerreform entlastet – kleinere und mittlere Einkommen oder die Unternehmen und SpitzenverdienerInnen? Warum werden nicht unsoziale Massensteuern, v.a. die Umsatzsteuer abgeschafft? Warum haben sich SPÖ und ÖVP in Verhandlungen schnell darauf geeinigt, dass die Erbschaftssteuer – also eine Steuer die v.a. die Reichen trifft – nicht wieder eingeführt wird? Warum über-

nimmt die öffentliche Hand nicht Betriebe die von Schließung bedroht sind, um die Arbeitsplätze zu retten? Fakt ist: Die "Experten" der alten Regierungen fordern neue Einsparungen im Gesundheitsbereich ("Gesundheitsökonom" Christian Köck), bei Pensionen (Felderer/IHS) und Arbeitslosensystem (Karl Heinz Kopf/Wirtschaftsbund, ÖVP-Verhandler).

Warum steigt das Defizit?

Das Defizit wird in den nächsten Monaten wahrscheinlich rasant ansteigen. "Schuld" sind daran aber nicht unsere angeblich zu hohen Pensionen, Arzt- oder Krankenhauskosten, sondern die Probleme, Forderungen und Wünsche der UnternehmerInnen! Die Kommunalkredit und die Constantia Privatbank wurden mit mehreren Milliarden gerettet. Die Erste Bank erhält eine 2,7 Mrd. Kapitalspritze – und das ohne

Auflagen oder Mitspracherechte des Staates, geschweige denn der Belegschaften. Für die Banken sind 15 Mrd. Euro da. Der Chef der Industriellenvereinigung Veit Sorger hat kein Problem Staatsgeld für Wirtschaft und Banken und gleichzeitig "Mehr wirtschaftliche Freiheit" zu fordern. Die Freiheit, die er meint, liegt auf der Hand: Im Gegenzug setzen die Unternehmer nämlich die Leute auf die Straße. An direkten und indirekten Kosten bedeutet das bis zu 30.000 Euro Kosten pro Arbeitslosen/Jahr für die öffentliche Hand. (AK-Wien). SPÖ und ÖVP akzeptieren diese "Logik" des Kapitalismus und damit auch seine Sachzwänge – sie haben keine Spielräume für einen sozialen Kapitalismus.

Legt die Bücher offen!

Grundvoraussetzung für einen Weg aus der Krise, ist die Öffnung der Bü-

cher, damit wir das Ausmaß des Problems erkennen und demokratisch lösen können. Doch es sind viele Maßnahmen aus unserer Sicht notwendig und sinnvoll: Durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn könnte eine explodierende Arbeitslosigkeit verhindert werden, indem die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird – ohne Lohnverluste. Durch die Übernahme maroder Betriebe durch die öffentliche Hand können Arbeitsplätze gerettet werden und für die Bedürfnisse der Menschen produziert werden, wenn die Beschäftigten die Produktion kontrollieren! Hier zeigt sich auch, wie eine Verstaatlichung der Banken richtig gehen könnte, indem die Gesellschaft bestimmt, wie und wofür ihr Geld eingesetzt wird! Umgesetzt werden muss das, indem die Gewerkschaft Kämpfe und Widerstand organisiert. Der Kapitalismus, der Neoliberalismus, der Markt zeigen stündlich wie unfähig sie sind. Wir brauchen eine sozialistische Alternative, eine Gesellschaft in der im Sinne der Bedürfnisse der Menschen produziert wird und nicht für die Profite einer kleinen Minderheit!

Wer soll das umsetzen? Politische Alternative nötig!

Es ist eine Warnung, dass von der Krise rechte Rattenfänger profitieren, die sich plötzlich besonders "kapitalismuskritisch" geben (siehe Rückseite). Die SLP tritt deshalb für eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen ein. Eine solche Partei kann aber nur in Bewegungen und Kämpfen entstehen. Die Proteste gegen Personalabbau, Werksschließungen, Privatisierung und Angriffe der Regierung können dafür ein Ansatz sein. Ebenso unterstützen wir entsprechende Versuche die Kräfte der "Linken" zu bündeln – wir sind deshalb Teil des Bündnis "LINKE". Wenn der Aufbau einer politischen Alternative nicht gelingt, werden die extreme Rechte – FPÖ, BZÖ & Co. – vom steigenden Unmut über die Krise profitieren.

Der Standpunkt

Schützen wir Kinder vor Männern, die sie schlagen ... oder mästen



von Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin

Anfang Dezember kommen sie wieder. Der eine will Kinder mit der Rute bestrafen, die "nicht brav" waren. Der andere stopft sie mit Süßem voll - angeblich um sie zu belohnen. Beide sind, hören wir auf bürgerliche PolitikerInnen, Teil unserer "christlich-abendländischen Kultur". Genauso wie Kreuze, die nach Wunsch derselben PolitikerInnen in allen Schulen und Kindergärten hängen sollen.

Wir können uns darauf vorbereiten, dass FPÖ & Co anlässlich von Krampus und Nikolo, so die Namen der zwei Herren, wieder zu einem empörten Aufschrei gegen die öffentlichen Bildungseinrichtungen und insbesondere gegen muslimische MitbürgerInnen ansetzen werden. Dazu möchte ich mit aller Klarheit sagen: ich bin nicht moslemisch. Ich bin überhaupt nicht religiös. Ich finde vieles "unserer christlich-abendländischen Tradition" entbehrlich und ablehnenswert: so z.B. den Antisemitismus, die jahrhundertelange und noch immer bestehende Frauenunterdrückung ("schwaches Geschlecht"), die bigotte Haltung gegenüber Sexualität und deren zwanghafte Normierung, den Zwang einen Fehler zum allseitigen Unbehagen bis zum Tot fortzusetzen ("bis das der Tot euch scheidet"), die Hexenverfolgung, die Segnung von Kriegen, Waffen und Heeren und, und, und...

In meiner Schulzeit haben mich die Kreuze in den Klassenzimmern ziemlich gestört. Religion ist Privatsache und hat daher in öffentlichen Einrichtungen nichts zu suchen. Ich will nicht Davidsterne, Halbmonde, Buddhas etc. neben Kreuzen sehen, sondern gar nichts davon in Schulen, Ämtern, Kindergärten, Universitäten. Wer sich das um den Hals oder in der Wohnung aufhängen will, gerne, dort gehört's gegebenenfalls auch hin.

Religiöse Symbole, haben in öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Politisch zu Recht der Aufschrei über die Werbung von Scientology an Schulen, aber wo bleibt jener, über die Werbung für die etablierten Religionen?

Zu Krampus und Nikolo sei darüber hinaus angemerkt: sie transportieren ein reaktionäres Erziehungskonzept. Die Rute des Krampus wird leider in viel zu vielen Familien ganzjährig noch eingesetzt.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaisersstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Martin Graf im Abseits

Ausschluss von Fußballerinnen bei Hellas Kagran schlägt hohe Wellen

von Irene Müller, suspendierte Spielerin bei Hellas Kagran

Bis vor kurzem waren drei Mitglieder der SLP, Margarita Döllner, Lucia Döllner und Irene Müller, Spielerinnen beim FC Hellas Kagran. Am 27. Oktober wurde ihnen von Vorstandsmitgliedern des Vereins überraschend mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung vom Spielbetrieb suspendiert wären. Als Grund wurde nur knapp angeführt, dass sich die Spielerinnen in der Öffentlichkeit negativ über den Verein geäußert hätten, und dass sie eine Stunde zuvor sogar an einer Protestdemonstration gegen die Wahl des derzeitigen Vereinspräsidenten Martin Graf, zum 3. Nationalratspräsidenten teilgenommen hätten. Dies wäre nicht vereinbar mit den Vereinsprinzipien, denn "Politik und Sport gehören getrennt".

Der "rechte" Umgang mit Politik am Fußballplatz

Am 12. September lud Martin Graf (Vereinspräsident) gemeinsam mit dem RFJ zu einem Spanferkelessen auf dem Sportplatz vom FC Hellas Kagran ein. Dieses entpuppte sich allerdings als eine FPÖ-Wahlkampfveranstaltung, auf der sich neben bekannten FPÖ-Politikern und Burschenschaftlern auch einige Skinheads einfanden. Auch die Tatsache, dass sich ein Gutteil der Anwesenden wahrscheinlich mehr für die Verköstigung, als für die Politik der FPÖ interessierte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Martin Graf sein Amt als Vereinspräsident des FC Hellas Kagran für eigene politische Zwecke missbraucht hat.

Daraufhin veröffentlichte die SLP, auch online, ein Interview mit Margarita, in dem sie die politische Vereinnahmung des Vereins durch die FPÖ und Martin Graf ablehnt und klarstellt, dass diese Veranstaltung nicht dem Willen aller



Vereinsmitglieder entsprochen hat, bzw. diese im Vorfeld nicht einmal davon erfahren hatten.

Wenn der Vereinsvorstand also tatsächlich der Meinung ist, Sport und Politik müssten getrennt werden, hätte er eine FPÖ-Wahlkampfveranstaltung mitten am Sportgelände von Hellas Kagran wohl nicht erlaubt. Weiters verlaublich erst kürzlich HC-Strache, er sei stolzes Ehrenmitglied vom FC Hellas Kagran. Es ist also offensichtlich, dass es hier nicht darum geht, die Politik vom Fußballplatz fernzuhalten, sondern vielmehr darum, den politischen Einflussbereich zu kontrollieren. Das ist zugleich auch der Grund dafür, dass die drei Spielerinnen suspendiert wurden - entgegen aller von Graf & Co. verbreiteter Behauptungen. Sie schreckten nicht vor Untergriffen ("schlechte Fußballerinnen") und Lügen ("waren

nie Mitglieder des Vereins") zurück.

Welche Politik halten wir für die richtige?

Das eigentliche Problem ist nicht "die Vermischung von Sport und Politik". Tatsächlich ist Politik von Sport genauso wenig zu trennen, wie von sämtlichen anderen Bereichen des Lebens. Wie der Verein geführt wird, wie und von wem Entscheidungen getroffen werden (zum Beispiel wer politische Veranstaltungen am Platz machen darf), und wie viel Mitspracherecht die einzelnen Mitglieder haben, sind politische Fragen. Das eigentliche Problem sind die rassistischen und sexistischen Inhalte der FPÖ-Politik - ihnen darf nicht unwidersprochen bleiben - nirgends!

Martin Graf ist noch dazu nicht irgendein FPÖ-Mitglied, sondern als führender Funktio-

när verantwortlich für die rassistische Hetze der FPÖ. Darüber hinaus ist er Mitglied in der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, die für ihre mangelnde Abgrenzung zu NS-Gedankengut, für ihren Sexismus und ihren Deutsch-Nationalismus bekannt ist.

Um politische Vereinnahmungen von Sportvereinen seitens der etablierten Politik oder auch Unternehmen zu verhindern, ist es notwendig, genügend öffentliche Gelder seitens des Bundes und der Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Erfolgreiche Kampagne

Das ungeheuerliche Verhalten Martin Graf's wurde inzwischen sowohl von verschiedenen Medien, wie auch im Parlament aufgegriffen. Viele Fussballfans haben bemerkt, dass sie mit einem solchem Klubpräsidenten ein Problem haben - und nicht

mit SpielerInnen, die auf dessen Rechtsextremismus zurecht hinweisen! Um zu zeigen, dass eine solidarische Politik sportlichen Prinzipien nicht im Weg steht, sondern die verbindenden Elemente in den Vordergrund stellt, veranstaltet die SLP ein antirassistisches und antisexistisches Fußballturnier im Rahmen des Jugendkongresses gegen Rechts (Siehe Seite 8).

Antirassistisches Soli-Fussballturnier

23-25.1.2009
in Wien

Anmeldung von Teams
und Infos unter
slp@slp.at

Banken versuchen Krise abzuwälzen

Krise trifft den Wohnungsmarkt

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Auch am Wohnungsmarkt kommt es durch die Krise zu massiven Verschlechterungen. Vor allem private "Häuselbauer" und kleinere Gemeinden kommen unter Druck. In Österreich ist die Finanzierung von kleineren Bauprojekten über sog. "Fremdwährungskredite" weiter verbreitet als international üblich. Bei einem Fremdwährungskredit nimmt eine Gemeinde, ein Bauträger oder ein privater Haushalt einen Kredit in fremder Währung auf und zahlt die Summe in dieser Währung zurück.

Allerdings nicht Schritt für Schritt, sondern vorerst nur die Zinsen. Am Ende der Laufzeit wird dann die Summe mit einem Schlag fällig.

Bei "kleinen" Privaten dient die Immobilie - also die eigenen vier Wände - für die Bank als Sicherheit, bei finanziell potenteren Anlegern z.B. Aktienpakete. Die Finanzkrise bringt den "Fremdwährungskredit" nun doppelt unter Druck. Einerseits haben die "Sicherheiten" - v.a. Aktienpakete, aber langfristig wohl auch Immobilien - massiv an Wert verloren oder sind wertlos geworden. Andererseits wird durch einen Wertverlust des Euro gegenü-

ber der Kreditwährung (etwa dem Schweizer Franken) der zu zahlende Endbetrag wesentlich höher. Das heißt mehr Geld ist nötig um den Kredit zurück zu zahlen. Die Lebensplanung von hunderten Menschen hat sich somit quasi über Nacht verschlechtert.

Gerade von privaten KreditnehmerInnen werden zusätzliche Versicherungen - also eine höhere Dauerbelastung - verlangt. In anderen Fällen werden Zwangsumwechslungen probiert oder Kredite fällig gestellt. Für private "Häuselbauer" kann so der klassische Traum vom Einfamilienhaus

im Bankrott enden. Bezeichnend ist demgegenüber, dass "Bankenrettungspaket" der Bundesregierung an keinerlei Bedingungen geknüpft, wie die Banken mit solchen KreditnehmerInnen um zu gehen haben. Banken können also das Geld der Regierung nehmen und gleichzeitig Menschen in den Privatkonkurs treiben. Für die SLP ist klar: Wohnen darf nicht zur Armutsfalle werden. Gerade im ländlichen Bereich gab bisher es oft keine Alternative zu Hausbau. Menschen die Kredite genommen haben um einen normalen Wohnbedarf (keine Luxushäuser) abzudecken müssen angemessen

entschuldet werden. Die Bauträger sollen in nicht profitorientierten Wohnbaugenossenschaften zusammengeführt werden. Durch die Übernahme der Banken durch die öffentliche Hand soll diesen das notwendige Geld zu Verfügung gestellt werden. Bei den neuen Bauträgern und Genossenschaften darf es keine Bereicherung auf Kosten der Mitglieder geben. Sie müssen demokratisch kontrolliert und unter Aufsicht der Beschäftigten und der MieterInnen gestellt sein. Das Einkommen der FunktionärInnen muss sich an einem durchschnittlichen Angestellte Gehalt orientieren.

Schneller Metallerabschluss weit unter den Erwartungen

8% wären drinnen gewesen

von Florian Klabacher,
Jugendvertrauensrat (GMTN)

Am 6.11. wurde das Ergebnis der Kollektivvertragsverhandlungen für die Metallindustrie bekannt gegeben: eine magere Lohnerhöhung von 3,8 bzw. 3,9 % und eine Einmalzahlung zwischen 100 und 250 EUR an die KollegInnen. Dabei wäre weit mehr drin gewesen. Das Schlimme: Die nachfolgenden KV-Abschlüsse - wie jener für Angestellte im Handwerk, Gewerbe, in der Dienstleistung, in Information & Consulting (3,6%) - drohen noch weiter drunter zu liegen!

Angebot der Gegenseite praktisch übernommen - Warum?

Auf der BetriebsrätInnenkonferenz am 29. Oktober in St. Pölten erklärte Erich Foglar, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung: "Die angebotene Lohnerhöhung von 3,6 % deckt gerade die Inflation und berücksichtigt praktisch nicht das Wirtschaftswachstum 2008 von 2 %." Das war nach der dritten Verhandlungsrunde.

In vielen Betrieben wurden schon Betriebsversammlungen organisiert, auf denen diskutiert werden sollte, welche Maßnahmen zu setzen seien, wenn die Verhandlungen scheitern.

Dass sich die Verhandlungsteams in letzter Minute noch hinter verschlossenen Türen einig wurden, hatte kaum jemand erwartet - und zwar mit



einem Ergebnis, das um nur 0,2% höher ist, als das Angebot der Unternehmer. Nach den Rekordgewinnen der letzten Jahre, die für viele Lohnabhängige keine spürbare Verbesserung in der Geldtasche gebracht haben (die Reallöhne stehen auf dem Niveau von 1991; erst mindestens 8 % oder mehr hätten hier eine Trendumkehr bedeutet), wurde viel Geld durch Spekulation in den Sand gesetzt. Das missbrauchen jetzt viele UnternehmerInnen als Alibi, um die mageren Abschlüsse zu rechtfertigen. Und die Gewerkschaftsführung betet das nach was die Gegenseite vorbetet und redet ihre schlechten Verhandlungsergebnisse schön: "Das wirtschaftliche Umfeld war heuer denkbar ungünstig, dennoch ist uns ein guter Abschluss gelungen." (www.gmtn.at)

Verschlechterungen drohen - Gewerkschaft muss mobilisieren

Durch die Krise des Kapitalismus, wird es in den nächsten Jahren verstärkt zu Angriffen seitens der Regierung und der UnternehmerInnen kommen.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten.

Aber die Lohnabhängigen werden von der Bürokratie an der Spitze des ÖGB nicht einmal informiert, mit welchen Forderungen sie in die Verhandlungen gehen.

Der Forderungskatalog der Gewerkschaften wurde auch dieses Jahr wieder geheim gehalten - was nur zeigt, dass die SpitzengewerkschafterInnen an ihrer StellvertreterInnenpolitik festhalten. Sie glauben zu wissen, was gut genug für uns ist. Die Basis der Gewerk-

schaften muss selbst aktiv werden, um nicht von den UnternehmerInnen überrollt zu werden. Betriebsversammlungen, auf denen eigene Forderungen für die Lohnrunden und auch Kampfmaßnahmen für deren Durchsetzung diskutiert werden sind nötig. Immer mehr Menschen haben genug vom Kuschelkurs der Gewerkschaftsbürokratie und sehen sie - zu Recht - als Klotz am Bein des ÖGB. Viele sagen zu Recht, die Gewerkschaftsführung sei sowieso zu abgehoben, um die Probleme der KollegInnen in den Betrieben zu kennen. Um bei zukünftigen Lohnrunden bessere Ergebnisse zu erreichen müssen wir diese Bürokratie loswerden, oder zumindest von der Basis soviel Druck erzeugen, um sie in den Kampf um spürbare Lohnerhöhungen zu zwingen.



Der Lufthansa Deal

AUA-Privatisierung

von Herbert Wanko

Dieses Jahr stellt sich das Christkind bei der Lufthansa schon zu Krampus ein. Am 5. Dezember wird die AUA wohl an die Lufthansa übergeben. Als Körpergeld gibt's noch 500 Millionen Euro dazu. Vielen war schon seit langem klar, dass die Lufthansa die AUA bekommen wird. Nur das Wie war noch fraglich. Meist wurden die Staatsunternehmen "gesund-saniiert", bevor sie zu Dumpingpreisen verkauft wurden.

Dieses mal ging sich das nicht aus, was auch am Widerstand der Beschäftigten scheiterte. Sie waren in den letzten Jahren praktisch die einzigen, die ernstzunehmende und daher auch erfolgreiche Arbeitskämpfe geführt hatten. In diesem Fall macht nicht - wie normalerweise - der Käufer, sondern der Verkäufer ein großzügiges Angebot. Dieses kann die Lufthansa wohl schlecht ablehnen. Dafür muss sie sich auch in Zukunft mit den aufmüpfigen KollegInnen herumschlagen. Die Konsequenzen für die MitarbeiterInnen liegen auf der Hand. Schon die Kooperation in der "Star Alliance Gruppe" hat der AUA nicht

wirklich gut getan, und die folgenden "Synergien", die ausgeschöpft werden, sollen einigen Kollegen und Kolleginnen den Job kosten. Beschäftigungs- oder Standortgarantie gibt es jedenfalls keine.

Bis jetzt haben Verkäufe von Staatsunternehmen nur Negatives für die Beschäftigten gebracht, das wird bei der AUA nicht anders sein. Deshalb wäre es notwendig, nicht nur für bessere Löhne und gegen Verschlechterungen der Arbeitssituation zu kämpfen, sondern zu versuchen, Privatisierungen zu verhindern. Ein adäquates Mittel dafür ist der Streik. Schließlich haben gerade die KollegInnen bei der AUA durchaus positive Erfahrungen mit dieser Art des Arbeitskampfes. Wieso es dieses mal bei leiser Kritik bleibt ist rätselhaft und ein großer Fehler, da erfolgreiche Arbeitskämpfe für die KollegInnen in anderen Betrieben, die bald in der gleichen Situation sein werden, motivierend wirken und auf die lasche Gewerkschaftsführung Druck ausüben. Es ist aber noch nicht zu spät. Der Deal ist noch nicht durchgezogen. Ein sofortiger Streik gegen die Privatisierung würde diese wohl wirksam verhindern.

Post: Weg mit den ManagerInnen - 100% Verstaatlichung jetzt!

Steigende Gewinne, tausende Jobs weg

von Markus Klostermann,
SLP-Salzburg

Nachdem seit 2002 bereits über 900 Postämter geschlossen und tausende Angestellte entlassen wurden, sind nun erneut rigorose Sparpläne des Postmanagements bekannt geworden. Begründet wird dies mit der bevorstehenden vollständigen Abschaffung des Briefmonopols 2011. Diese in mehreren Schritten vollgezogene Liberalisierung wurde schon mehrmals als Grund für den Abbau von Filialen und Arbeitsplätzen genannt.

104 Millionen Gewinn!

Die derzeitige wirtschaftliche Lage der Post AG ist in der Manager-Sprache ausgedrückt grundsolide. Die Gewinne stiegen in den letzten Jahren stetig. 2007 wurden 78 Prozent von 104 Millionen Euro an die Eigentümer ausgeschüttet. Laut eigenen Angaben ist die Post durch eine hohe Eigenkapitalquote "kaum von der internationalen Finanzkrise betroffen".

Trotzdem sind bereits in den

letzten sechs Jahren über 5000 Arbeitsplätze vernichtet worden, in den nächsten sechs sollen weitere 9000 folgen und bis zu 900 von 1.311 Postämtern geschlossen werden. Es erscheint zumindest verwunderlich, dass Jahr für Jahr die Gewinne steigen, obwohl angeblich über zwei Drittel der Postämter nicht wirtschaftlich sind, bzw. bis 2015 nicht mehr sein werden.

100 % Verstaatlichung plus demokratische Kontrolle sind nötig!

Die Post befindet sich mit 51 Prozent über die Staatsholding ÖIAG noch mehrheitlich in Staatsbesitz. Doch wie auch in anderen Bereich stehen nicht der Bedarf der Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Profitsteigerung und möglichst hohe Dividenden für die Aktionäre im Vordergrund. Die Forderung nach Verstaatlichung, die angesichts der Krise des Kapitalismus wieder breiter diskutiert wird, muss deshalb immer mit der Forderung nach demokratischer Verwaltung des Betriebs durch die Beschäftigten verbunden sein.



Spontaner Protest bremst Pläne

Nachdem die Pläne des Managements durch die Medien publik wurden, fand am 12. November eine Aufsichtsratssitzung statt. Vor dem Gebäude demonstrierten ca. 150 Postbedienstete, GewerkschafterInnen und andere SympathisantInnen gegen die Sparmaßnahmen. Die Stimmung war kämpferisch, durch den von der Basis ausgehenden Druck sind Streiks möglich.

Selbst SpitzengewerkschafterInnen tun sich auf einmal ungewohnt leicht dieses in den obersten Rängen des ÖGB selten zu hörende Wort auszusprechen. Insgesamt ging ein Aufschrei durch die Bevölkerung - eine gute Basis den Widerstand auszuweiten!

Postämterschließungen drohen nach wie vor

Zu Beginn der Sitzung vom 12.11. gingen die vier im Auf-

sichtsrat sitzenden Personalvertreter gleich wieder, da das sogenannte Strategiepapier nicht aus der Tagesordnung gestrichen wurde. Der Aufsichtsrat beschloss wohl als Beschwichtigung nicht jenes Papier, sondern jährliche Verhandlungen über Personal- und Filialabbau. Im Dezember könnte somit die Schließung von 300 bis 400 Postämtern für 2009 beschlossen werden. Trotz der sechsmonatigen Verschnaufpause durch Fay-

manns Verordnung (deren rechtliche Gültigkeit umstritten ist) und der Aufschiebung der Entscheidung seitens des Post-Managements müssen Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen wie Streiks getroffen werden.

Die Pläne sind noch lange nicht vom Tisch, und die Kampfeslust von Fritz & Co könnte wie 2006 beim Post-Börsegang schnell wieder verfliegen, sollte der Druck von unten schwächer werden.

Sie haben den Markt – wir haben den Plan!

Finanz- und Wirtschaftskrise: Von Lösungen und Scheinlösungen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise betrifft konkret unser aller Leben. Viel wird über Ursachen und Lösungen debattiert. Wir meinen: Die meisten Lösungen, die angeboten werden, gehen leider am Ziel vorbei. Oder würden Sie einem Arzt vertrauen, der nicht nach den Gründen für eine Krankheit sucht, sondern nur oberflächlich ein paar Symptome behandelt? Er würde sie nicht heilen, sondern vielleicht sogar das Leiden verlängern. So ist es auch mit den angebotenen Lösungen - sie bleiben an der Oberfläche.

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Den "Rückzug des Staates" fordert inzwischen kaum jemand mehr. Rückenwind hingegen haben Attac & Co, deren vermeintlich radikale Forderungen plötzlich salonfähig sind. ÖGB, Grüne, teilweise auch SPÖ und FPÖ greifen die Idee der Staatsintervention und Regulierung massiv auf. Und zweifellos werden hier eine Reihe von schwerwiegenden Problemen aufgezeigt - aber wie gesagt: man bleibt an der Oberfläche.

Ihre Lösung: "Steueröasen trockenlegen"
(Attac, 4 Forderungen für stabile Finanzmärkte)

Unsere Lösung: Nicht nur Finanzkapital, sondern Kapitalismus an sich bekämpfen

Die Erklärungen von Attac & Co. lassen sich in etwa so zusammenfassen: Der Kapitalismus ist aus dem Ruder gelaufen, das Finanzkapital hat zu viel Einfluss und ist zu wenig reguliert. Gierige Spekulanten machen das ganze Krisenanfällig und unfair." Beim ÖGB liest sich das so: "Jahrzehntelang ging es im Kapitalismus nur darum, möglichst schnell möglichst viel Geld zu machen." (aus: Solidarität 912, 11.08)

Unserer Ansicht nach liegt der Denkfehler in der Annahme, es hätte jemals einen "besseren", weniger "gierigen" Kapitalismus gegeben. Im Kapitalismus ging es immer schon darum, Gewinne zu machen. Das Ziel war nie Wohlstand für alle, oder die Schaffung von Arbeitsplätzen. Produziert wurde und wird um das eingesetzte Kapital zu vermehren - und zwar egal, ob dabei Mensch und Natur auf der Strecke bleiben. Die unmenschlichen Produktionsbedingungen, die heute in Asien und Lateinamerika kritisiert werden, waren im 19. Jahrhundert in Europa die Normalität des Kapitalismus.

Die Finanzkrise nur Ausdruck einer allgemeinen Krise des Kapitalismus

Dass es heute zur "Finanzkrise" kommt, liegt an tiefer liegenden Problemen des Kapitalismus. Im Kapitalismus kommt es zwangsläufig - auf Grund seiner inneren Widersprüche - immer wieder zu Krisen. Doch warum?

- ▶ Die Unternehmer bereichern sich an den Beschäftigten und bezahlen nicht die von den Beschäftigten geschaffenen Werte (sie streifen sich den von Marx definierten Mehrwert ein).
- ▶ Eine kleine Schicht profitiert von den Reichtümern der Gesellschaft, der von allen geschaffen wird (der gesellschaftlichen Produktion steht die private Aneignung gegenüber)
- ▶ Und weil Technologien ohne Menschen keine neuen Werte schaffen können, aber immer weniger Menschen immer "mehr" an Technologie gegenüber stehen, sinkt die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (Marx und

Engels sprechen vom Tendenziellen Fall der Profitrate).

Ein Blick zurück: Bretton Woods und der Nachkriegsaufschwung

Manche meinen: Aber in den 1950er und 1960er Jahren, gab es doch eine goldene Ära, damals stieg der Lebensstandard aller, damals gab es keine Krisen. Als Argument wird dafür u.a. die Existenz des Währungssystems von Bretton Woods (errichtet 1944) angeführt. Es gab eine Golddeckung des Dollar und eine Wechselkursbindung anderer Währungen an den Dollar. Bretton Woods machte den Dollar zur Leitwährung und nur die USA autonom in ihrer Währungs- und Geldpolitik. Das entsprach der Dominanz der imperialistischen Hauptmacht, den USA, nach dem 2. Weltkrieg. Zweifellos gab es damals stabile Wechselkurse und einen enormen Wirtschaftsaufschwung. Die Grundlage dafür war nicht das System von Bretton Woods, sondern der 2. Weltkrieg - die größte Zerstörungsgeschichte in der Geschichte.

Es mag zynisch klingen, aber der beispiellose Aufschwung der 1950er und 1960er Jahre hat seine Ursache in den Zerstörungen und den Toten des 2. Weltkrieges. Arbeitskräfte waren billig, Geld wurde vom Kriegsgewinnler USA zur Verfügung gestellt um eine Bastion gegen die "rote Gefahr" zu finanzieren und es mussten Häuser, Strassen und ganze Industriezweige neu aufgebaut werden.

Niedergang des Kapitalismus

In den 1970er Jahren traten demgegenüber die Widersprüche wieder offen zu Tage. Im Gegensatz zur oft verkürzten Sichtweise auf diese Periode, gab es damals erstmals wieder gravierende Probleme: Hohe Inflation (1974 im OECD-Raum: 13%), Zahlungsunfähigkeit der USA (1969 in Folge mangelnder Goldreserven) und die Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre. Bretton Woods zerfiel, es kam zur ersten Nachkriegskrise und spätestens seit den 1980er Jahren versuchte man mit neoliberalen (damals hieß das "monetaristischen") Konzepten den nun permanenten Krisenerscheinungen entgegen zu wirken.

Die Ursache für die "neuen" Konzepte der Wirtschaftspolitik, die ausgehend von den USA

(Reagan) und Britannien (Thatcher) weltweit umgesetzt wurden lagen aber nicht in plötzlich durchgeknallten PolitikerInnen oder plötzlich besonders gierig gewordenen KapitalistInnen. Die Ursache lag darin, dass es für das Kapital immer weniger profitabel geworden war, in die "klassischen" Bereiche (Industrieproduktion) zu investieren und daher neue Investitionsfelder gesucht werden mussten. Schon Marx wies darauf hin, dass es im Kapitalismus aufgrund seiner inneren Widersprüche immer wieder zu einer Überakkumulation (übermäßige Anhäufung) von Kapital kommt.

Um für dieses Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu finden gab es zwei Maßnahmenpakete:

- 1.) wurden Bereiche, die bisher vom Staat ohne Gewinnziel betrieben wurden privatisiert. So konnte das Kapital in neue Bereiche wie Pensionen, Gesundheit und Bildung "investieren"; mit allen bekannten negativen Folgen für die Bevölkerung.
- 2.) wurden die Finanzmärkte dereguliert um das Kapital, das im produktiven Bereich keine ausreichende Gewinnmöglichkeit mehr sah, im spekulativen Bereich gewinnbringend "arbeiten" zu lassen. Es folgten immer absurdere Finanzkonstrukte, die sich zu immer größeren Blasen aufbliesen.

Finanzwirtschaft ist Teil der Realwirtschaft

Die immer größere Bedeutung der Finanzmärkte ist also nicht das Ergebnis einer "Verschwörung" oder wildgewordener unvernünftiger geldgieriger SpekulantInnen. Sie war eine logische Folge und Notwendigkeit der sich ausweitenden Krise des Kapitalismus - letztlich ein Ergebnis des Endes des Nachkriegsaufschwunges. Wir sind nicht gegen die geforderte verstärkte Kontrolle der Finanzmärkte. Aber diese würde die Probleme nicht lösen, da die Ursache in den Widersprüchen des Kapitalismus liegt. Die Finanzwirtschaft ist kein Geschwür sondern ein integraler Teil des Systems Kapitalismus. Versuche, in "gutes" produzierendes und "böses" spekulierendes Kapital zu teilen müssen daher auch scheitern. Diese Trennung wird häufig von nur scheinbaren AntikapitalistInnen formuliert, die damit Argumente untermauern wollen, warum es nicht nötig ist, den Kapitalismus abzuschaffen. Auch wenn die Beweggründe natürlich völlig andere sind, gilt das für fortschritt-

"Ich möchte so gerne Kreisky sein ..."

In Anlehnung an Kreisky meint Faymann da "sei ein halber Prozentpunkt an Defizit mehr oder weniger nicht so entscheidend" um zu verhindern, dass "wir in zwei bis drei Jahren mit einem Heer von Arbeitslosen dastehen". Bei den Grünen liest sich das folgendermaßen: "1,5 Prozent mehr Defizit wäre für Konjunkturstützung zulässig".

Die 1970er Jahre werden von vielen heute sehr verkürzt gesehen. Tatsächlich war Kreiskys Politik keineswegs "links" und hat nicht zu einer Umverteilung von oben nach unten geführt. Im Gegenteil hat die Sozialdemokratie in dieser Periode ganz im Sinne des Großkapitals eine Modernisierung der österreichischen Wirtschaft vorangetrieben. Die Rezession der 1970er Jahre hatte in Österreich kurzfristig relativ geringe Folgen. Das lag aber nicht in Kreiskys "Austrokeynsianismus" sondern in einer günstigen Ausgangssituation und der Anhäufung von Staatsschulden.

Österreich profitierte überdurchschnittlich von der Ostorientierung der europäischen Wirt-

schaft und die Privatwirtschaft konnte auf - im europäischen Vergleich billige - Arbeitskräfte zurückgreifen (verstärkt wurde das noch durch den Einsatz noch billigerer migrantischer Arbeitskräfte). Die Tatsache, dass die Verstaatlichte Industrie die österreichische Privatwirtschaft mit Unter-Weltmarktpreisen unterstützte und gleichzeitig durch relativ hohe Löhne die Nachfrage stabilisierte sowie die Arbeitslosigkeit relativ niedrig hielt tat ein Übriges. Hinzu kam eine gezielte Hartwährungspolitik, die der Exportwirtschaft mit staatlicher Hilfe versüßt wurde.

Die staatlichen Maßnahmen zum Gegensteuern der Krise wurden nicht durch Gewinnbesteuerung - und damit Senkung der Profite - finanziert, sondern durch eine längerfristige Erhöhung der Staatsverschuldung, die ihrerseits als Grundlage für Sozialabbau diente. Bereits ab Mitte der 1970er Jahre beschränkten sich Kreiskys Reformen auf solche, die "nichts kosten".

Tatsache ist also, dass Kreisky nicht einmal Keynes' Wirtschaftskonzept vollständig umsetz-

te, das vorsah, dass sich der Staat in Aufschwungszeiten die in Krisenzeiten getätigten Ausgaben durch erhöhte Gewinnbesteuerung von der Wirtschaft zurückholt. Was logisch ist, da das Konzept von Keynes einen wesentlichen Haken hat: In Summe klingt es logisch, aber in der Praxis setzt jeder einzelne Unternehmer - und damit die KapitalistInnen in Summe, alles dran, um eben nichts von ihren Gewinnen hergeben zu müssen (und muss das aus seiner Sicht auch, um konkurrenzfähig zu bleiben).

Konjunkturpaket

Abgesehen davon, dass man sich die Frage stellen kann, warum bisher angeblich kein Geld da war und überall gekürzt wurde, ist die Frage in, welche Bereiche investiert wird. Der Grundtenor ist hier das falsche aber immer wieder wiederholte Credo "Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut". So sollen z.B. Investitionen von Unternehmen durch vorzeitige Abschrei-

bungen gefördert werden. Nicht einmal Arbeitsplatzgarantien werden für solche Geschenke gefordert. Allein 240 Millionen fließen in den Straßenausbau - und damit direkt in die Taschen von Großunternehmen. Wir sind für die steuerliche Entlastung von unselbstständig Erwerbstätigen, weisen aber darauf hin, dass jeder Entlastung Steuergeschenke an die Unternehmen und Kürzungen im Sozialstaat gegenüber stehen werden.

Wir sind für ein massives Investitionspaket in Bildung Gesundheit, Pflege, Umweltschutz etc. Aber wir wollen dass nicht der Logik des Kapitalismus und den Interessen von Privatunternehmen überlassen. Gerade wenn der Staat viel Geld in die Wirtschaft steckt wird deutlich, woher die Werte kommen: nicht von den "fleißigen Unternehmern" sondern aus unseren Steuergeldern und der Arbeit der KollegInnen in den Betrieben. Daher sollte die Wirtschaft auch demokratisch kontrolliert werden, und nicht dem kapitalistischen Chaos überlassen werden.



liche, reformistische Ansätze ebenso wie rechts-extreme und faschistische (die Nazis haben in "raffendes" und "schaffendes" Kapital unterteilt um das angeblich jüdische, "raffende" Kapital zu vernichten). Tatsächlich sind Finanzwirtschaft und produzierender Bereich untrennbar miteinander verbunden - nicht zuletzt durch ein dichtes Geflecht wechselseitiger Beteiligungen.

Kapitalismus nicht regulieren, sondern überwinden

Wir sind nicht gegen stärkere Kontrollen im Rahmen des Kapitalismus. Wir denken aber, dass diese die Probleme nicht lösen werden, da die Ursache nicht zuwenig Kontrolle sondern der Kapitalismus an sich ist. Daher treten wir auch für die Überwindung des Kapitalismus und den Ersatz durch eine sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein.

Ihre Lösung: "Steuerparadies Österreich schließen" (KPÖ-Pressedienst vom 6.11.08)

Unsere Lösung: Widerstand organisieren und sozialistische Gesellschaft aufbauen

Österreich ist ein Steuerparadies für Unternehmen und Wohlhabende. Vermögen werden kaum besteuert, die Hauptlast der Staatseinnahmen tragen ArbeitnehmerInnen und ihre Familien. Unternehmen wurde in den letzten Jahren systematisch steuerlich "entlastet". Darauf hinzuweisen ist gut und richtig. Attac, der ÖGB, die KPÖ und andere haben hier viele nützliche Informationen zusammen getragen. Die Forderungen nach einem Ende dieser Steuerprivilegien und Geschenke für Reiche und Unternehmen sind natürlich keineswegs falsch. Die Frage ist allerdings: An wen richten sich diese Forderungen und wer soll sie umsetzen?

Attac fordert "Die österreichische Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene nachdrücklich für eine wirksame demokratische Kontrolle der Finanzmärkte einsetzen!"

Der KPÖ-Wirtschaftssprecher Graber fordert Österreich auf "seine steuerpolitischen Hausaufgaben zu machen".

Und die Grünen zum Thema: "Die EU muss mit gutem Beispiel vorangehen und auf europäischer Ebene Nägel mit Köpfen machen."

Diener welcher Herren?

Klingt ja alles sehr gut - aber glauben sie wirklich, dass genau jene PolitikerInnen-Kaste, die die Finanzmärkte dereguliert haben, die die Steuerparadiese geschaffen haben nun zum Gegenschlag ausholen werden? Offenbar schon; denn in zahlreichen Staaten streben auch grüne und "linke" Parteispitzen die Regierungsbeteiligung mit Vertretern dieser Kaste an, bzw. sind bereits selbst Teil von Sozialabbauregierungen. Doch warum sollten ausgerechnet jene, die bisher nur der verlängerte Arm der Wirtschaft in der Politik sind, plötzlich Politik im Interesse der Allgemeinheit machen? Weil es vernünftiger ist, die Finanzmärkte zu regulieren? Weil sie gewählt werden wollen? Natürlich kann Druck von unten aufgebaut werden, der PolitikerInnen dazu zwingt, Maßnahmen zu setzen, die Unternehmen nicht begrüßen. Und natürlich gibt es Teile des Kapitals die nun nach Staatsinterven-

tion schreien; vor allem freilich wenn sie selbst unmittelbar davon profitieren. Aber es wird weder beantwortet, wie dieser Druck aufgebaut werden soll, noch was zu tun ist, wenn sich die Situation wieder ändert, und eventuell eingeführte Spekulationssteuern und Kontrollen wieder abgeschafft werden.

Der Staat ist nicht neutral

Wir halten den Glauben an einen neutralen Staat für eine Illusion. Der österreichische Staat - wie auch jeder andere - ebenso wie die EU, die UNO und andere internationale Institutionen sind die politischen Werkzeuge, um die Interessen der herrschenden Klasse umzusetzen. Innerhalb gewisser Spielräume kann die ArbeiterInnenschaft durch Druck Verbesserungen für sich erreichen, aber geht das zu weit, dann ist "Schluss mit Lustig". Dann gibt es blutige Unterdrückung, Verfolgung und Diktatur. Als sich britische Bergarbeiter in den 1980er Jahren gegen die Schließung ihrer Zechen wehrten, ging die britische Regierung mit brutaler Gewalt gegen sie vor und beschlagnahmte die Streikkasse der Gewerkschaft. Der italienische - und übrigens auch der österreichische Staat - legten in den 1950er Jahren im Rahmen des NATO-Geheimplans "Gladio" Waffenlager gegen die "kommunistische Gefahr" an. Sollten die KPn bei Wahlen an die Macht kommen, würde die Macht mit Waffengewalt übernommen werden - und zwar nicht durch die KP, sondern durch rechte, teilweise faschistische, Kräfte.

Lösung durch internationale Organisationen?

Den meisten Menschen ist klar, dass es keine nationale Lösung für die Probleme der Weltwirtschaft gibt. Gleichzeitig macht sich nach vor kaum jemand Illusionen über die diesbezüglichen Fähigkeiten der EU. Überdeutlich wurde in den letzten Jahren, warum es bei der EU geht: dem europäischen Kapital in- und außerhalb Europas verbesserte Bedingungen zu schaffen.

Die UNO war in diverse Kriege involviert, häufig als verlängerter Arm von US-Interessen. IWF und Weltbank sind bekannt für den Druck den sie auf sogenannten 3. Welt Länder ausüben, bei Lebensmittelsubventionen und Löhnen zu "sparen". Nirgends Politik für die Bevölkerung, die Armen, die ArbeitnehmerInnen, überall Politik für die Reichen und Mächtigen. Von diesen Institutionen und Staaten können wir uns nicht erwarten, dass sie umfangreiche Maßnahmen setzen, die unser Leben verbessern.

Das beste Rettungspaket: Sozialismus

Die jetzigen "Rettungspakete" sind gute Beispiele dafür. Milliarden für die Banken, nichts für kleine KreditnehmerInnen, die nun von Zwangsverkäufen betroffen sind. Für die Constantia Privatbank gab es ein Rettungspaket über 450 Millionen Euro - die bisherige Besitzerin Christine de Castelbajac soll ihr Vermögen von rund 400 Millionen Euro kurz vorher aus der Bank abgezogen haben. Die Menschen aber, die von den früheren Regierungen in private Pensionsvorsorgen getrieben wurden, und nun zusehen müssen, wie sich ihr mühsam Gespartes in nichts auflöst, kriegen bestenfalls tröstende Worte. In den USA geht man davon aus, dass

zumindest 40 der 700 Milliarden Dollar aus dem Rettungspaket für Bonus- und Pensionszahlungen der TopmanagerInnen verwendet werden. Die Erste Bank erhält vom Staat 2,7 Milliarden Euro zu europaweit einzigartig günstigen Bedingungen. 2007 hatte die Erste einen Gewinn von knapp 1,5 Milliarden Euro gemacht, der Erste General Treichl hat rund drei Millionen Euro verdient.

Der ehemalige SPÖ-Finanzminister Lacina (er hat übrigens die Vermögenssteuer abgeschafft und das Stiftungs-Unwesen eingeführt) meint: "Naiv ist jedenfalls die Vorstellung, das der Staat 'ein Geschäft' machen wird, wenn er als Eigenkapitalersatz eingegangene Beteiligungen wieder verkauft." (aus: Solidarität 912, 11.08)

Wessen Staat?

Wir meinen, es ist gut, dass der Kapitalismus wieder hinterfragt wird. Sogar der ÖGB traut sich nun, diesen zu kritisieren. Wichtig ist es nun, die Kritik in Widerstand zu verwandeln.

Widerstand kann über Bewegungen für mehr Kontrolle und Spekulationssteuern beginnen, muss dann aber weiter gehen. Den Gewerkschaften kommt hier eine ganz zentrale Rolle zu. Eine wichtige Forderung ist z.B. dass Belegschaft und Gewerkschaft die vollständigen Unterlagen der Unternehmen kontrollieren können, wenn Beschäftigte entlassen werden, wenn Betriebe geschlossen werden, wenn staatliche Hilfe kassiert wird. Solche Forderungen werden von diesen Regierungen nicht umgesetzt werden, dazu braucht es eine kämpferische Bewegung von unten. Solange der Staat der verlängerte Arm der Unternehmen ist, können wir uns nichts von ihm erwarten.

Wenn wir von einer anderen Gesellschaft sprechen, dann immer auch von einem anderen Staat. Einem Staat, der die Interessen der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien vertritt, von ihnen gelenkt und kontrolliert wird. Ein solcher

Staat wird nicht durch einige kleinere Veränderungen oder "gute Argumente" entstehen, sondern ist das Ergebnis von politischen Kämpfen, von Wut und Widerstand gegen den Kapitalismus, der sich organisiert und dieses ungerechte System ein für alle mal abschafft und durch eine andere, eine sozialistische Gesellschaft ersetzt.

Eine sozialistische Gesellschaft entsteht nicht über Nacht. Der Sturz des Kapitalismus durch eine Revolution, wie es sie z.B. 1917 in Russland gab, wie sie 1918 in Österreich und 1968 in Frankreich begonnen wurde, ist erst der Anfang für den Aufbau einer solchen neuen Gesellschaft, in der nicht die Profite, sondern die Bedürfnisse im Zentrum stehen.

Ihre Lösung: "So notwendig die Verabschiedung des Bankenpaketes gewesen ist, so notwendig ist nun ein Konjunkturpaket" (ÖGB-Präsident Hundstorfer)

Unsere Lösung: Demokratisch geplante Wirtschaft statt kapitalistischem Chaos

Wir sind nicht gegen die "Rettung" der Banken - nur ist die Frage wer rettet zu welchen Konditionen und mit welchem Ziel. Wenn die Rettung so aussieht, dass unser Geld hineingebuttert wird, um die ManagerInnenprivilegien weiter zahlen zu können und weiter spekulieren zu können, gleichzeitig aber bei den Beschäftigten gekürzt wird, die Bankgebühren steigen und kleine KreditnehmerInnen gepfändet werden, dann sagen wir NEIN. Wir sind dafür, dass der Staat die Banken übernimmt und sie weiterführt - aber zum Wohle der Allgemeinheit. Wir finden nicht, wie ÖGB-VertreterInnen und Grüne, dass dieses Bankenpaket "notwendig" war. Es war ein Kniefall von der Interessen und Privilegien der Reichen und Mächtigen. Und das ganze auf unsere Kosten. Denn das Geld, das den Banken nun gegeben wird, muss ja irgendwoher kommen.

Demokratisch geplante Wirtschaft

Wir meinen, dass der Kapitalismus sehr deutlich gezeigt hat, dass er nicht funktioniert. Aber wie sieht unsere Alternative aus? Wir stellen dem kapitalistischen Chaos das Konzept einer demokratisch geplanten Wirtschaft entgegen. Eine gesamtgesellschaftliche Planung würde mit einer Bestandsaufnahme beginnen: Welche Aufgaben sind am dringendsten? In welchen Bereichen gibt es den meisten Bedarf? Wie viele Menschen mit welchen beruflichen Fähigkeiten haben wir? Welche Fabriken, Maschinen, etc. stehen zur Verfügung? Zentral würde man insbesondere die grundsätzliche Richtung entscheiden. Zum Beispiel würde man es als oberste Prioritäten ansehen, Hunger zu beseitigen, Krankheiten soweit wie möglich einzudämmen und die gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energie umzustellen. Planung findet schon jetzt in jedem Unternehmen statt - nur anstatt gesamtgesellschaftlich an einem Strang zu ziehen, wird gegeneinander gearbeitet. So werden Forschungsergebnisse geheim gehalten, anstatt sie zu vernetzen um so z.B. rascher Impfstoffe entwickeln zu können.

Planung muss - um funktionieren zu können - demokratisch sein. Fehlt die Demokratie,

dann ist sie ab einer gewissen Ebene zum Scheitern verurteilt, dass hat sich in den stalinistischen Staaten gezeigt. In einer demokratischen Planwirtschaft würde jede Frage auf der Ebene entschieden, auf der es sinnvoll ist. Eigeninitiative, Engagement, selbständiges Denken würden nicht unterdrückt, sondern gefördert. In den stalinistischen Staaten waren die Personen in Leitungsfunktionen grundsätzlich privilegiert. Schafft man die Privilegien ab, dann schafft man das entscheidende Motiv ab, an einem Posten zu kleben, Kritik niederzubügeln und für Leitungsaufgaben talentiertere Menschen auszubremsen. In einer Atmosphäre freier Kritik können Fehler, die unvermeidlich sind, rasch korrigiert werden, statt sie stur zu wiederholen. Auf solch einer Grundlage kann man eine hochkomplexe Wirtschaft mit Millionen Menschen organisieren und koordinieren. Eine Wirtschaft bei der die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen und private Profit keine Rolle mehr spielen. Dass ist unsere Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Denn wer geht schon gerne zu einem schlechten Arzt...



Der "Baader-Meinhof Komplex"

Eine Filmrezension

von Jonas Honauer, SLP-OÖ

Der aktuelle Kinofilm "Baader - Meinhof Komplex" berichtet über die politische Stimmung der 70er Jahre in Deutschland und über die Terrororganisation RAF.

Im Wesentlichen hält sich der Film möglichst genau an die historischen Ereignisse, jedoch ist der Film keineswegs eine Dokumentation. Mit vielen Actionszenen und bekannteren Schauspielern ist es doch eine aufwendige Produktion.

Das Thema RAF wird ziemlich "objektiv" behandelt, allerdings fehlen wichtige Hintergründe zur Entstehung der RAF. Z.B. das Modell der Stadtguerilla wird nicht erklärt. Außerdem gibt der Film ein rasches Tempo vor, somit kennt man sich in manchen Teilen des Films nicht ganz aus.

Gänzlich fehlt der Aufbau des Polizeistaates im Zuge der Spirale von Staats- und RAF-Terrorismus. Das Verständnis bzw. die Ziele der RAF werden im Film somit schlecht bis gar nicht herübergebracht.

Weiters wurde v.a. nicht heraus gearbeitet, dass die Aktionen der RAF nicht am Bewusstsein der Bevölkerung ansetzten. Man hatte beim Film schauen das - falsche - Gefühl, dass die RAF über die Generationen hinweg eine Vielzahl an AnhängerInnen bzw. SympathisantInnen hatte.

Die Politik, insbesondere der plumpe Antiamerikanismus der RAF - welcher die USA als Einheit und nicht als Klassengesellschaft begriff - wurde nie kritisiert. Auch nicht wirklich

heraus gekommen ist, dass bei den Anschlägen der RAF meist Unbeteiligte, ArbeiterInnen und Soldaten verletzt oder getötet wurden. So verübten sie einen Anschlag just auf jene US-Kaserne wo es massiven Widerstand gegen den Vietnamkrieg gab.

Im Großen und Ganzen ist der Film sehenswert, jedoch ist es nützlich wenn man sich mit den Hintergründen der RAF und des "Deutschen Herbst" vertraut macht.

Sozialistische Analyse der RAF

Die Herrschenden fürchteten damals die Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse, die Berg- und Stahlarbeiter im Ruhrgebiet allen voran. "Wenn die Ruhr brennt, gibt es im Rhein nicht genug Wasser zum Löschen", hatte schon Konrad Adenauer (CDU, Kanzler von 1949 bis 1966) gesagt. Die RAF wurde zum "Staatsfeind Nr. 1" aufgebauscht, um zu verwischen, wo die wirkliche Kraft liegt, die die Gesellschaft grundlegend verändern kann. Zugleich sollte jeder radikale Kampf mit den Methoden der RAF gleichgesetzt werden, um die ArbeiterInnenklasse davon abzuschrecken. Die RAF nutzte zumindest in diesem Sinne objektiv der Reaktion.

Vor allem die Unionsparteien nutzten die RAF, um Linke bis weit in die SPD hinein als "SympathisantInnen" zu attackieren. Selbst Leute, die die RAF als "Baader-Meinhof-Gruppe" statt als "Baader-Meinhof-Bande" bezeichneten, waren für den späteren

rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel "Sympathisanten". Unionspolitiker forderten das Verbot linker Organisationen. Zudem sollte politisches Engagement an den Universitäten untersagt und die kritischen Studierendengruppen verboten werden.

Marxismus statt Stadtguerilla

Das kapitalistische System liefert täglich neue Argumente dafür, aktiv zu werden gegen die bestehenden Verhältnisse. Der Kapitalismus erweist sich als unfähig, Armut, Arbeitslosigkeit und soziales Elend zu beseitigen. Und produziert selber Tag für Tag Gewalt.

Um wirksam dagegen vorzugehen, sind kollektive Formen der Gegenwehr, sind Massenproteste statt individueller Handlungen nötig. Um die Masse von Jugendlichen, ArbeiterInnen, Erwerbslosen anzusprechen sind politische Argumente, ein Programm und die Darstellung von Alternativen statt terroristische Aktionen gegen einzelne Personen - die im Fall der RAF nicht selten das Leben der arbeitenden Menschen selber gefährdet haben - erforderlich.

Schließlich ist es die ArbeiterInnenklasse, die den ganzen gesellschaftlichen Reichtum schafft und bei der durch ihre Stellung im Produktionsprozess kollektives Bewusstsein und gemeinsame Protestformen gefördert werden. Sie ist es, die dieses System aus den Angeln heben und eine neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen kann.

"Ein Streik der SchülerInnen wäre notwendig"

Cooler Schule:
Gesamtschule plus Klassenräte

Die SchülerInneninitiative "Cooler Schule" setzt sich für mehr Mitbestimmung der SchülerInnen und eine demokratische Schule ein. Vorwärts sprach mit KATHERINA BRASCHEL, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden.



VORWÄRTS: Worum geht es bei "Cooler Schule" und wie kamst du dazu dort aktiv zu werden?

KATHERINA BRASCHEL: Der "Verein soziales Lernen - Aktive Schulpartnerschaft" hat im Oktober 2003 einen ersten österreichweiten Kinder- und Jugendkongress organisiert. Ziel war es, ein Zeichen für eine demokratische Schule und die Mit- und Selbstbestimmung der SchülerInnen zu setzen. Daraus ist die Initiative "Cooler Schule" entstanden. 2005 wurde dann der Verein offiziell gegründet. Ich bin beim ersten Salzburger Kongress 2006 beigetreten. Ich habe mich gleich voll engagiert und wurde dann später in der Vorstand gewählt.

VORWÄRTS: Was sind eure Forderungen?

KATHERINA BRASCHEL: Mitbestimmung der SchülerInnen ist für uns mehr als nur die Teilnahme am Schul-Gemeinschafts-Ausschuss. Der ist eine Farce. Mitbestimmung heißt für uns, dass SchülerInnen selbst auf die Gestaltung des Unterrichts und auf den Lehrplan Einfluss nehmen. Wir fordern die Gründung von Klassenräten, die regelmäßig mit den LehrerInnen den Unterricht an die Interessen der SchülerInnen anpassen. Wir sind für eine Gesamtschule, da es nicht einzusehen ist, warum es im Alter von zehn Jahren schon zu einer so starken sozialen Selektion kommen soll wie bei der Trennung von HauptschülerInnen und GymnasiastInnen. Das Durchfallen in der jetzigen Form muss abgeschafft werden. Es ist nicht

einzusehen, warum jemand, der/die in einem Fach negativ ist jedes Fach noch einmal wiederholen muss. Das erzeugt nur Frust. Die SchülerInnen sollten außerdem selbst über die Gestaltung des Schulgebäudes entscheiden können. Schließlich ist das ja ihr Arbeits- und Lernplatz. Der sollte auch ihren Vorstellungen entsprechen.

VORWÄRTS: Wie hat eure Arbeit ausgesehen? Konntet ihr Forderungen durchsetzen?

KATHERINA BRASCHEL: Wir haben uns an die verschiedenen Parteien gewandt, um Unterstützung oder zu mindest eine Stellungnahme zu unseren Forderungen zu bekommen. Das war sehr schwierig. Einige haben uns nicht einmal geantwortet. Auch die Gespräche mit der Unterrichtsministerin haben nicht wirklich zu etwas geführt. Offensichtlich werden wir als SchülerInnen nicht ernst genommen. Die meisten PolitikerInnen sind uns völlig abgehoben mit der Einstellung, SchülerInnen "haben eh nichts zu sagen" begegnet.

VORWÄRTS: Wie meinst du, dass man die Forderungen dann durchsetzen könnte?

KATHERINA BRASCHEL: Es hat sich ja gezeigt, dass Gespräche alleine nichts bringen. Ich denke, ein SchülerInnenstreik wäre notwendig, um diese Forderungen durchzusetzen. Das kann aber sehr schwierig zu organisieren sein. Schließlich haben SchülerInnen ja nicht das "Recht" zu streiken. Hier würde den Gewerkschaften zum Beispiel eine große Aufgabe zukommen - nicht nur von Verbesserungen zu reden, sondern auch wirklich was dafür zu tun.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ
jeweils Montag, 18.00 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH
nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG
Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein
jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt
SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT
nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

WIEN
Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West
jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Gasthaus Zypressen, 7; Westbahnstr./Kaiserstr.
(Ser bzw. Nähe Urban-Loritz-Platz)

SLP Wien-Nord
jeden Donnerstag um 18 Uhr 30,
Pizzeria La Piazza, 20., Gausplatz 7
(31er Gausplatz, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd
jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20,
(U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Gefällt Dir das Vorwärts?



Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und
Kennwort "Abo"
nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Mit der SLP gegen Rassismus und Rechtsextremismus!

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Der Kampf gegen Rechtsextremismus war im Herbst der Schwerpunkt der SLP-Arbeit. Das wird wohl auch in den nächsten Monaten so bleiben.

Gegen Rechts in 3 Bundesländern

Den Auftakt machte eine gemeinsame LINKE Demonstration gegen die Wahl von Martin Graf zum 3. Nationalratspräsidenten, am Vorabend der Abstimmung im Parlament.

Der Freispruch, in erster Instanz, für die AktivistInnen von Bfj und AFP in Wels schockierte vor allem in Oberösterreich viele AntifaschistIn-

nen. Dass aktiver Antifaschismus notwendig ist, zeigte sich dann auch prompt am 6.11.. Etwa 100 Menschen versammelten sich in Wels um der Reichspogromnacht zu gedenken. Mit dabei auch der Welser Bürgermeister. Die SLP war mit vier Leuten vertreten. Die Kundgebung selbst wurde von ca. 20 provozierenden Jungnazis gestört.

Zwei Tage später hatten wir eine große Antifaaktion in Linz. AktivistInnen aus Linz, Wels, Wien, Salzburg und Radstadt trafen sich am Linzer Taubenmarkt, um gemeinsam gegen den Bfj-Freispruch zu protestieren.

Sehr erfolgreich war unsere

Anti-Strache Aktion in Salzburg. Die FPÖ feierte dort ihren Wahlkampfauftakt für die Landtagswahlen im März 2009. Nachdem es bei der letzten Aktion einen gewalttätigen Übergriff von rechtsextremen Schlägern gab, war uns ein Zeichen der Stärke besonders wichtig. Gemeinsam mit der Aktion kritischer SchülerInnen-AKS mobilisierten wir eine große Kundgebung und verkauften 44 Ausgaben des "Vorwärts". Rechtsextreme ließen sich keine blicken.

Widerstand bei Siemens

Die Auswirkungen der Finanzkrise bekommen unter

anderem die KollegInnen von Siemens PSE zu spüren. Sie wehrten sich in einer ein-drucksvollen Betriebsversammlung und einer Demonstration mit über 1.000 Menschen durch Wien-Flordisdorf.

SLP in den Medien

Ob Hellas Kagran, BetriebsrätInnenkonferenz der Metaller oder zuletzt gegen die Zerschlagung der Post. Wir waren immer vor Ort, was auch von den bürgerlichen Medien nicht unerwähnt blieb. So waren wir am 12.11. gleich mit dem Thema FPÖ und der Post in verschiedenen Medien. Dazu

noch die vielen Medienberichte über Maragrita, Irene und Lucia und die Suspendierung vom FC Hellas Kagran (Siehe S. 2). Was uns aber am wichtigsten ist: Wir können eine neue Genossin in unseren Reihen begrüßen.

Wenn auch Du bei der SLP aktiv werden willst melde Dich bei uns. Es lohnt sich!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

Ungarn – Nachbar in Not*

Hilfs- und Sparpakete, Geheimdienstskandale und Neonaziaufmärsche.
Droht dem Land der Kollaps? Und was geht das uns an?

"Österreich ist zweifellos ein Nutznießer, aber auch eine Lokomotive des Wirtschaftsaufschwunges in der postkommunistischen Welt gewesen. Die Warenexporte nach Osteuropa haben sich seit 1989 auf 24 Milliarden Euro verachtfacht. Die österreichischen Direktinvestitionen machen rund ein Drittel der gesamten Auslandsinvestitionen in Bulgarien, Kroatien, Slowenien, knapp 15 Prozent in der Slowakei und Rumänien und mehr als elf Prozent in Serbien, Tschechien und Ungarn aus. (...) Die massiven Kursverluste, auch auf den Ostbörsen seit Jahresbeginn, reichen von 46 Prozent in Polen und Tschechien bis 71 Prozent in Rumänien und 78 Prozent in der Ukraine. Ungarn und die Ukraine konnten einstweilen von einem drohenden Staatsbankrott durch massive Kapitalhilfe des Währungsfonds, der EU und der Weltbank gerettet werden. (...) Die meisten Transformationsstaaten taumeln nicht nur finanziell, sondern auch politisch. Eine Rosskur ist notwendig, um das Vertrauen der ausländischen Banken und Investoren wiederzugewinnen. (...) In Ungarn lehnt die größte Oppositionspartei jede Zusammenarbeit mit der verhassten Gyurcsány-Regierung ab. (...) Man soll freilich auf das Osteuropageschäft nicht verzichten, aber die Nebenwirkungen der globalen Finanzkrise sind derzeit unabsehbar." (Paul Lendvai, 6.11.2008, DER STANDARD)

von John Evers, SLP-Wien

Einst galt Ungarn als "Musterschüler" kapitalistischer Reformpolitik. Heute merkt die rechtspopulistische Opposition Fidesz-MPSZ bissig an, dass es wenig schmeichelhaft sei wegen des internationalen Kreditpakets von 20 Milliarden Euro in die Kategorie von Ländern wie Island, Ukraine, Weißrussland oder Pakistan eingeordnet zu werden. Man sei in der Entwicklung um zehn Jahre zurückgefallen. Die Rezepte von IWF, EU und der sozialdemokratisch geführten Regierung Gyurcsány sind altbekannt: Harte Sparmaßnah-

men im öffentlichen Sektor, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Stabilisierung der Landeswährung Forint um jeden Preis. Ein vitales Interesse an solchen Sanierungen, die nun im ganzen zentraleuropäischen Raum drohen, haben gerade auch österreichische Banken und Konzerne. Gemeinsam mit Gyurcsány fordern sie eine "Rosskur".

Wie in einigen zentraleuropäischen Staaten, werden soziale Themen von der Rechten in den Parlamenten, aber auch auf der Straße erfolgreich instrumentalisiert. Die inzwischen katastrophalen Beglei-

terscheinungen kapitalistischer Reformprozesse, werden (nicht nur) von der FIDESZ zum nationalen Verrat umgedeutet. Antisemitische Feindbilder gehören hier inzwischen wieder zum politischen Alltag. Ebenso gelingt es der Opposition immer wieder eine direkte Linie von der stalinistischen Bürokratie zu den heutigen Eliten zu ziehen und damit antikommunistische Vorurteile zu schüren. Diese neuen Oligarchen scheinen allerdings ihre Vorgänger zu übertreffen: Vor einigen Wochen wurde bekannt, dass der mit mit Abstand reichste Mann Ungarns



Sándor Csányi (geschätztes Vermögen: 600 Millionen Euro) nicht nur Robbie Williams beim Hochzeitfest seines Sohnes auftreten lies. Mittels eines riesigen Privatgeheimdienstes in dem zahlreiche Ex-Mitarbeiter der Staatssicherheit arbeiten, unterstützte er die Intrigen des FIDESZ-Führers Orban. Pikanterweise ist Csányi Generaldirektor der international tätigen ungarischen Großbank OTP, die im Zuge der Krise so stark ins Schlingern geriet, dass sie fast verstaatlicht worden wäre (Vgl.: Pester Lloyd v. 10.10.2008). Paul Lendvai ist zwar Recht zugeben, wenn er heute "die Nebenwirkungen der globalen Finanzkrise" für diese Region als "derzeit unabsehbar" einstuft. Denn ein Produkt der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Krise des ungarischen Kapitalismus ist eine starke und ungeheuer

gewaltbereite Neonazi-Szene, die systematisch versucht, über martialische Aufmärsche die Straße zu besetzen. Jeder Widerstand gegen diese Kräfte wird allerdings als unglaublich unwahrscheinlich wahrgenommen werden und hohl bleiben, wenn er sich nicht auch klar von den neoliberalen Eliten des Establishments um Premier Gyurcsány abgrenzt. Wie arrogant diese zuweilen agieren macht ein Interview mit dem Präsidenten der ungarischen Nationalbank Andras Simor deutlich. Auf die Frage wie er dazu stehe, dass die Bevölkerung für eine Krise zahlen müsse die nur wenige verschuldet haben meinte er: "Sie haben doch vorher gesagt, dass das Leben nicht fair ist. Das ist es tatsächlich nicht."

*) Schlagzeile "Die Presse", 16.10.2008.



Neues aus dem GWI

Deutschland I: 100.000 SchülerInnen im Streik

Etwa 100.000 SchülerInnen waren am 12.11. bundesweit im Streik um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Die SAV, deutsche Schwesterorganisation der SLP, war zentral dabei. Überall in Deutschland berichtete die Presse über die Forderungen: kleinere Klassen von 20 SchülerInnen, dafür 100.000 LehrerInnen mehr bundesweit, kostenlose Bildung für alle, Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und ein Ende der sozialen Auslese im Bildungssystem.

In etwa 40 Orten wurde gestreikt, darunter auch viele kleinere Orte, in denen fast die gesamte SchülerInnenenschaft in den Ausstand trat. Besonders wo sich unabhängige SchülerInnenaktionskomitees gegründet haben, war der Streik erfolgreich. In Berlin waren von diesen Schulen die größten Gruppen gekommen, mit selbst gemalten Transparenten und Handschildern. An vielen Schulen waren schon seit einigen Wochen solche Aktionskomitees aktiv, hatten mit Flyern und Transparenten in der Schule auf den Streik aufmerksam gemacht. In Hamburg kamen 8000 zur Streikdemo - hier hatten die letzten stadtweiten Treffen bis zu 60 TeilnehmerInnen und bei Straßenaktionen beteiligten sich ebenfalls viele.

Deutschland II: Linkspartei

Mindestens elf Personen soll wegen ihrer Kritik am Fusionsprozess der Linkspartei, sowie der Kritik an der Regierungsbeteiligung der Linken in Berlin die Aufnahme in die Partei verweigert werden. Von besonderer Brisanz ist, dass im Bezirk Berlin Mitte der ver.di-Betriebsgruppenvorsitzende der Charité, Carsten Becker, nicht in die Partei gelassen wird. Dieser steht seit Jahren in Auseinandersetzungen mit dem Senat und hatte 2006 einen erfolgreichen Streik organisiert. Alle Betroffenen legen Widerspruch gegen diese Entscheidungen vor der Landesschiedskommission ein. Die SAV meint: "Die bisherigen Verhandlungen erinnerten zumindest teilweise mehr an Kritik- und Selbstkritikstunden aus unrühmlicher Vergangenheit der PDS-Vorgängerpartei, als an eine sachliche Verhandlung zur Feststellung, ob die beschuldigten GenossInnen gegen Programm und Satzung der LINKEN verstoßen. So gab es Aufforderungen diverse Fehler und Fehleinschätzungen zuzugeben. Carsten Becker wurde sogar gefragt, ob er dem zukünftigen Doppelhaushalt des Berliner Senats zustimmen wird!"

www.socialistworld.net

Millionen im Freudentaumel

Bush-Politik abgewählt: Wahl war historischer Einschnitt, aber Obamas Politik wird keine echte Wende bringen.

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA verdeutlicht einen radikalen Bruch der AmerikanerInnen mit der neokonservativen Politik von George W. Bushs Republikanern. Über 52 % der Wahlberechtigten stimmten bei einer historisch hohen Wahlbeteiligung für Obama. Vor allem AfroamerikanerInnen (95 %), Latinos (63 %) und JungwählerInnen (69 %) gaben ihm ihre Stimme. Aber eine grundsätzliche Veränderung ist trotz aller Phrasen von "Hope" und "Change" nicht zu erwarten.

Desaster für Neo-Cons

90 % der AmerikanerInnen sind der Meinung, Bush habe seinen Job "mies" erledigt - 80 % denken, das Land bewege sich in eine falsche Richtung. In der Tat, die Ruinen, die Bush seinem Nachfolger hinterlässt sind riesig - und sie stehen nicht "nur" im Irak. 30 Mio. AmerikanerInnen zählen zu den "Working Poor". Das bedeutet, dass sie, obwohl sie arbeiten, oft zwei oder drei



Jobs gleichzeitig, noch immer unter der Armutsgrenze leben. 46 Mio. AmerikanerInnen haben gar keine oder nur eine unzureichende Krankenversicherung. Allein im Laufe des Jahres 2008 haben über 240.000 Menschen, vor allem in der Industrie, ihre Arbeitsplätze verloren. Die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren stellt eine massive Bedrohung für die Existenz vieler einfacher Menschen in den USA dar. Die Neo-Cons zeichneten sich in den letzten Monaten nur dadurch aus, dass sie Milliarden an Banken verschenkten, während einfache ArbeitnehmerInnen und kleine Hausbe-

sitzerInnen, die ihre Schulden nicht zurück zahlen können, im Regen stehen gelassen werden. Der Krieg im Irak verschlingt nicht nur Milliarden, sondern kostet auch tausenden SoldatInnen das Leben oder die Gesundheit. Dieser Politik wurde von den AmerikanerInnen eine klare Absage erteilt.

Obama wird Hoffnungen enttäuschen

Zehntausende wurden während des Wahlkampfes an der Seite von Barack Obama aktiv. 250.000 kamen zur Wahlfeier in Chicago. Das verdeutlicht den unglaublichen Enthusias-

mus und die Energie, die viele, vor allem junge Menschen, aufbringen, wenn sie für ihre eigenen Ziele kämpfen. Doch Obama wird diese Hoffnungen enttäuschen. Die Demokraten stehen wie die Republikaner für eine neoliberale Politik. Eine der brennendsten Probleme der amerikanischen Bevölkerung, nämlich das Gesundheitswesen wird von Obama genauso so wenig in Angriff genommen werden, wie von seinem Vorgänger. Damit überlässt er die Menschen weiterhin der Profitgier der Konzerne, die am desolaten Gesundheitssystem bereichern. Auch ein Abzug aus dem Irak wurde in weite Ferne verschoben. Dafür soll es einen verstärkten Einsatz in Afghanistan geben. Obama ist sogar bereit die Einsätze jenseits der Grenze zu Pakistan zu forcieren, was zu einer weiteren Eskalation des Krieges führen kann.

Ein Afroamerikaner als US-Präsident

Unter vielen AfroamerikanerInnen erzeugte Obamas Sieg große Hoffnung. Das ist

verständlich, doch ändert die Hautfarbe des US-Präsidenten noch lange nichts an dessen Politik. Obama steht für den selben brutalen Kapitalismus, der verantwortlich ist für die katastrophale soziale Situation vieler AfroamerikanerInnen. Er wird ihre Situation nicht grundlegend verbessern. Daran zeigt sich, dass es nicht an der Nationalität oder Hautfarbe liegt, welche Politik gemacht wird. Es liegt an der Gesellschaftsklasse für die eine Partei oder ein Präsident eintreten. Obama ging unter sozialen Phrasen in diese Wahl, gewann sie mit Hilfe der armen Bevölkerung, wird aber Politik im Interesse der Konzerne und Generäle machen. Die Armen der USA und aller anderen Länder werden sich nicht auf Dauer mit hohlen Phrasen zufrieden geben. Darum ist es notwendig, dass sich die ArbeiterInnen, Erwerbslosen und Jugendliche eine eigene Partei schaffen.

Link zur Socialist Alternative, US-amerikanischen Schwesterpartei der SLP: <http://www.socialistalternative.org/>

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 177

November/Dezember 2008

23-25.1.09: Get active!

Jugendkongress gegen Rassismus & Rechtsextremismus



Jetzt anmelden für Kongress und Soliturnier!

von Jonas Honauer, SLP-Linz

Das Ergebnis der Nationalratswahl 08 zeigt, auch wenn es viele ProtestwählerInnen gab, dass ein erhöhtes Potenzial für Rechtsextremismus besteht. FPÖ & BZÖ können sich durch Sozialpopulismus und "antikapitalistische" Rhetorik als Alternative präsentieren, weil es keine echte starke linke Alternative gibt.

Rechtsextreme gestärkt

Beim Haider-Begräbnis trauerten alle etablierten Parteien um den Menschen Haider einschließlich der Grünen. Es wurde kaum darauf hingewiesen, dass Haider einer der ekelhaftesten Rechtsextremen in Österreich war. Haider war bekannt für Sager wie die "ordentliche Beschäftigungspolitik im 3. Reich" und plante die Isolierung und Kasernierung von AsylwerberInnen. Dies zeigt, dass nicht nur Rassismus sondern auch ausgesprochener Rechtsextremismus wieder salonfähig gemacht wurde. Außerdem ist mit der Angelobung des deutschnationalen Burschenschafters Martin Graf zum dritten Nationalratspräsidenten und der Tatsache, dass die Rechtsaußen in der FPÖ - Susanne Winter u. v. a. - immer mehr ins Zentrum rücken, der Rechtsextremismus auch im

Parlament gestärkt. Im Windschatten des Wahlergebnisses werden Schläger-Nazis und Rechtsaußenorganisationen aktiver. Gewalttätige Naziübergriffe häufen sich in den letzten Wochen, in Wels, Braunau und Wien wurden linke Veranstaltungen von Neonazis brutal gestört.

Skandalöser Freispruch für Bfj-AktivistInnen

Am 6. November wurden Mitglieder des neonazistischen Bfj in erster Instanz frei gesprochen. Die Folge ist, dass sich rechte Gruppen noch selbstbewusster aufzutreten trauen werden. Der Geschworenenprozess spiegelt aber auch zumindest zum Teil die Stimmung in Österreich im Bezug auf Rechtsextremismus wieder. Im Zweifelsfall für den Angeklagten entschieden die Geschworenen vermutlich mit dem Verständnis, dass es sich "nur um dumme Jungs handelt" oder "was haben sie so schlimmes gemacht". Tatsächlich sind die Angeklagten keine verwirrten Jugendliche sondern gefährliche Neonazis die vor Gewalt nicht zurück schrecken. Einmal mehr ist deutlich geworden, dass wir uns auf Behörden und Polizei nicht verlassen können, sondern Widerstand gegen Rassismus

und Faschismus selbst organisieren müssen.

Jugendkongress gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Wir wollen diese Entwicklungen nicht einfach hinnehmen. Möchtest auch du etwas gegen Rassismus und Rechtsextremismus machen?

Dann machen wir es doch gemeinsam! Wir finden Demos gut, wollen uns aber nicht darauf beschränken. Um uns

zu vernetzen organisieren wir einen österreichweiten Jugendkongress. Hast du FreundInnen, KollegInnen oder MitschülerInnen, die auch was gegen Rassismus tun wollen? Setzt euch zusammen, überlegt was ihr machen wollt und schickt eine Mail an uns oder ruft an. Wir sind gerne bereit, Aktionen mit euch zu organisieren, Treffen zu planen oder Vorträge in Gruppen zu halten.

Bei dem dreitägigen Kon-

gress von 23. - 25. 1. 2009 wird es ein linkes Fußballturnier geben und am Abend ist ein Konzert mit antifaschistischen Bands geplant. Eingeladen sind alle, die mit uns gegen Rassismus und Rechtsextremismus aktiv werden möchten. Komm hin und hilf bei der Mobilisierung durch Flugaktionen, Kundgebungen und die Vorbereitung von Arbeitskreisen, etc. Wenn du Lust hast, melde dich bei uns und unterstütze uns dabei.

Sozialpartei FPÖ?

Mit der wachsenden Ablehnung des Kapitalismus und der Wirtschaftskrise entdeckt auch die extreme Rechte (wieder) die Kapitalismuskritik für sich. Während die NPD in Deutschland bereits "Antikap"-Kampagnen entwickelt, gibt sich die FPÖ noch widersprüchlich. Sie hat dem Bankenpaket im Parlament zugestimmt, bekennt sich in ihrem Wahlprogramm weiter zur privaten Pensionsvorsorge und kann sich - zumindest in ihrem Handbuch für Funktionäre - auch nicht vom neoliberalen Dogma des "schlanken Staats" lösen. Nichtsdestotrotz: Wie andere rechtsextreme Parteien tritt auch die FPÖ inzwischen als "soziale Alternative" gegen "Turbokapitalismus" und Globalisierung auf. Ihre "Lö-

sungen" scheinen einfach: Nehmt den "Ausländern" und gebt den "Inländern", stärkt die heimische Wirtschaft und nicht die EU. Doch so einfach ist es eben nicht. Abgesehen davon, dass etwa selbst mit allen "Asylmillionen" noch immer keinesfalls das Pensionssystem gesichert werden könnte (die FPÖ behauptet das zumindest indirekt auf ihren Plakaten): Die Entsolidarisierung der ArbeitnehmerInnen in einer globalisierten Welt ist genau das, was Unternehmen nutzt und den sogenannten "kleinen Leuten" schadet. Und was bedeuten nationale Alternativen zur EU in der Praxis? Im Gegensatz zur FPÖ schweigt die NPD hier nicht nobel: "Raumorientierte" Wirtschaft heißt das Konzept. Statt interna-

tionalen Konzernen dürfen uns demnach nur heimische Unternehmen ausbeuten. Die dann aber schrankenlos, weil gegen Gewerkschaften haben die sogenannten "Sozialparteien" sowieso prinzipiell etwas. "Ausländer" sollen ausgewiesen oder konsequent als Menschen 2. Klasse behandelt werden - selbst wer die Staatsbürgerschaft hat kann diese verlieren. Als SozialistInnen vertreten wir freilich einen gegenteiligen Ansatz: Wir fordern die gleichen Rechte für alle Menschen die hier leben und arbeiten. Das entspricht nicht nur unserem Menschenbild sondern ist die notwendige Voraussetzung damit wir uns effizient gegen dieses System und seine Folgen wehren können.

JE

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at